

Niederschrift
über die 17. Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses
am 05.05.2017 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Boss, Frank
Diekmann, Klaus
Giebels, Harald
Hurnik, Ivo
Krebs, Bernd
Kisters, Dietmar
Schönberger, Frank
Sonntag, Ullrich

für Blondin, Marc
Vorsitzender

für Müller, Michael

SPD

Böll, Thomas
Kösling, Klaus
Mahler, Ursula
Schulz, Ursula
Solocho, Barbara
Walter, Karl-Heinz
Wietelmann, Margarete

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klemm, Ralf
Tuschen, Johannes-Jürgen
Warnecke, Uwe Marold

FDP

Haupt, Stephan
Wallutat, Philipp

Die Linke.

Schulte, Felix

Freie Wähler/Piraten

Benoit, Andreas

Verwaltung:

Herr Althoff
Herr Stölting
Frau Kaulhausen
Frau Kessing
Frau Krause
Frau Henkel
Herr Kredelbach
Herr Krichel

Landesrat 3
FBL 31
Abteilungsleiterin im FB 31
FB 92
Stabsstellenleiterin 70.10
Stabsstelle 00.300
FB 11
Stabsstelle 30.01/Protokoll

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 16. Sitzung vom 10.03.2017
3. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung
4. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2016 **14/1816 K**
5. Daten zur Ermittlung des Wohnbedarfs von Werkstattbeschäftigten **14/1913 K**
6. NKF-Haushalt 2016 hier: Bericht über die Abrechnungen der Baumaßnahmen **14/1892 K**
7. Anfragen und Anträge
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

10. Niederschrift über die 16. Sitzung vom 10.03.2017
11. Fortführung der Abnahmeverpflichtung der Gebäudereinigungsleistungen der Rheinland Kultur GmbH für die Zeit vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2022 **14/1823 K**
12. Investitionsvorhaben Tagesklinik der LVR-Klinik Viersen in Kempen, Von-Broichhausen-Allee 1a **14/1905 K**
13. LVR-David-Ludwig-Bloch-Schule Essen, Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation hier: Vergabe von Planungsleistungen **14/1918 B**
14. LVR-Landesmuseum Bonn (LMB) hier: Vergabe von Planungsleistung **14/1931 B**
15. LVR-Louis-Braille-Schule - Förderschwerpunkt Sehen - in Düren hier: Vergabe von Planungsleistung **14/1940 B**
16. LVR-Landeshaus Köln-Deutz hier: Vergabe von Planungsleistung **14/1994 B**
17. Listenmäßige Mitteilung über die Vergaben gemäß Zuständigkeits- und Verfahrensordnung **14/1975 K**
18. Anfragen und Anträge
19. Mitteilungen der Verwaltung
20. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:10 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:35 Uhr
Ende der Sitzung:	10:35 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die postalisch zugestellten Sitzungsunterlagen fälschlicherweise den von der Fraktion Die Linke. in der Sitzung des Landschaftsausschusses am 04.04.2017 zurückgezogenen Antrag 14/172 enthielten und betont, dass dieser Antrag keinen Bestandteil der tagesaktuellen Ausschussberatungen darstelle.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Punkt 2

Niederschrift über die 16. Sitzung vom 10.03.2017

Die Niederschrift wird genehmigt.

Punkt 3

Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung

Frau Kessing, in Stellvertretung für die LVR-Dezernentin Kultur und Landschaftliche Kulturpflege anwesend, übermittelt aktuelle Sachstandsberichte:

Preußenmuseum Wesel

Die mängelfreie Übergabe sei für den Juli 2017 geplant. Die Eröffnung könne dann im IV. Quartal 2017 stattfinden.

Zentrum für verfolgte Künste Solingen

Der kaufmännische Geschäftsführer habe das Zentrum verlassen. Die Stelle sei erneut ausgeschrieben worden. Der Aufsichtsrat werde am 09.05.2017 über die Neubesetzung entscheiden. Die Gremien der Bürgerstiftung und der Zentrums-GmbH beschäftigten sich zur Zeit mit der Frage, wo zukünftige Sammlungsneuzugänge gelagert werden könnten. Nach Aufnahme der mit Bundesmitteln angekauften Sammlungen "Zügel und Schneider" seien die Depotflächen im Museum nahezu erschöpft. Die Lösung werde in der Kooperation mit befreundeten Einrichtungen - und nicht in erweiternden Baumaßnahmen - zu suchen sein.

MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln

Aktuell stehe die Raumplanung für den Spanischen Bau im Fokus der inhaltlichen Debatte. Im Spanische Bau sollen unter anderem die Museumspädagogik, aber auch die Sicherheitszentrale untergebracht werden. Der Eingang solle zukünftig von größeren Gruppen (Schülerklassen, Reisegruppen) genutzt werden, um somit eine Entlastung des Museumseinganges herzustellen. Für den LVR sei von Bedeutung, dass der Zugang zum Spanischen Bau barrierefrei erreichbar ist. Erste Vorschläge sahen aufgrund der schwierigen Geländesituation an dieser Straße (schmal und starkes Gefälle) einen Hublift vor. Diesen Ansatz stuft der LVR für zu störanfällig, kostenintensiv und letztlich nicht ausreichend barrierefrei ein. Hier werde derzeit nach Lösungen gesucht. Zu erwähnen sei, dass die politische Vertretung der Stadt über die Eingangsvariante "Spanischer Bau" noch entscheiden möchte. Es sei beabsichtigt, im Juni 2017 eine Vorlage zum allgemeinen Sachstand sowie zur aktuellen Betriebskostenprognose vorzulegen.

Herr Klemm bittet um Mitteilung in welcher Weise und Ausführlichkeit die Verwaltung des LVR an der inhaltlichen Konzeption der Ratsvorlage der Stadt Köln zur Gestaltung der MIQUA-Außenanlagen beteiligt wurde. **Frau Kessing** erläutert, dass der LVR-Verwaltung die Ratsvorlage zwar inhaltlich bekannt sei, eine formale Abstimmung innerhalb der Konzeption jedoch nicht stattgefunden habe. **Frau Kaulhausen** fügt ergänzend hinzu, dass eine inhaltliche Abstimmung zu den Museumsaußenanlagen - im Verfahren losgelöst von der erwähnten Vorlage - auf Arbeitsebene stattgefunden habe, die Ratsvorlage jedoch primär die Planungsszenarien des Kölner Kulturpfades "Via Culturalis" im gesamten Rathausbezirk darstelle. **Der Vorsitzende** spricht sich dafür aus, alle inhaltlich beteiligten LVR-Gremien (Lenkungskreis, Kulturausschuss, Bau- und Vergabeausschuss) von der Ratsvorlage in Kenntnis zu setzen und bittet die Verwaltung um zeitnahe Weitergabe.

Der Vorsitzende regt an, die 19. Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 08.09.2017 mit einer Besichtigung der MIQUA-Baustelle zu verbinden und bittet um Sitzungsdurchführung in baustellennahen Räumlichkeiten.

Der Ausschuss signalisiert hierüber Einvernehmen.

Punkt 4

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2016 Vorlage 14/1816

Herr Klemm bittet um inhaltliche Erläuterung der im Bericht verwendeten Begrifflichkeit "Barrierefreies Reisen".

Frau Henkel, in Stellvertretung für die LVR-Direktorin anwesend, führt aus, dass es sich beim "Barrierefreien Reisen" um eine Initiative aus dem LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege zur Teilnahme an einem bundesweiten Zertifizierungssystem zur Informationsbereitstellung über die Art und den Umfang geschaffener Barrierefreiheit für touristische Angebote in eigenen Liegenschaften handele.

Frau Soloch bittet die Verwaltung um ergänzende Kenntnissgabe der Jahresberichtsvorlage - fachausschussübergreifend - auch an den innerhalb der Beratungsfolge bisher nicht vorgesehenen Landschaftsausschuss.

Der Entwurf des Jahresberichts 2016 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 14/1816 zur Kenntnis genommen. Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR - sowie im Landschaftsausschuss - ist

abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 20.09.2017 geplant. Anschließend wird der Bericht für das Berichtsjahr 2016 in einer Broschüre veröffentlicht. Der Bericht wird im Rahmen einer Fachveranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ am 22.11.2017 mit Verbänden der Menschen mit Behinderungen diskutiert.

Punkt 5

Daten zur Ermittlung des Wohnbedarfs von Werkstattbeschäftigten Vorlage 14/1913

Frau Krause - in Stellvertretung für den LVR-Dezernenten Soziales anwesend - erläutert die unterschiedlichen Datengrundlagen und -quellen der in der Vorlage genannten Informationen. So seien die Daten ausgewertet, über die der Leistungsträger LVR aufgrund seiner Fallbearbeitung verfüge. Auf dieser Basis lasse sich feststellen, wie viele Werkstattbeschäftigte Wohnhilfen erhielten. Von den rund 33.500 Werkstattbeschäftigten (Stichtag 31.12.2015) erhielten 45 Prozent keine Wohnleistungen der Eingliederungshilfe. Diese Gruppe werde in der Vorlage weiter differenziert nach Alter bzw. Behinderungsform. Von diesen rund 15.000 Beschäftigten seien 23 Prozent – umgerechnet rund 3.600 Menschen – in der Altersgruppe 45 bis unter 55 Jahre. **Frau Krause** führt aus, dass keine Informationen vorlägen, in welchen „privaten“ Wohnkonstellationen diese Menschen genau lebten – ob mit Eltern, anderen Familienangehörigen, alleine etc. Darüber hinaus werde in der Vorlage auf die Ergebnisse einer Befragung zu individuellen Wohnwünschen von Werkstatt-Beschäftigten zurück gegriffen, die im Rahmen des Modellprojekts Mönchengladbach durchgeführt worden sei. Hier seien 125 Werkstatt-Beschäftigte befragt worden; diese Befragung erfolgte auf Grund der Besonderheiten dieser Zielgruppe mit individueller Unterstützung bei der Durchführung der Befragung. **Frau Krause** führt aus, dass die Verwaltung des LVR-Dezernates Soziales innerhalb der Sitzung des Sozialausschusses am 02.05.2017 beauftragt worden sei, die Frage der Wohnwünsche und -bedarfe der Werkstatt-Beschäftigten ohne Wohnleistung vertieft zu bearbeiten. **Herr Haupt** bittet vor diesem Hintergrund um Verfahrensdarstellung zum Umgang mit den Vorgaben aus dem Bundesteilhabegesetz. Diese sehen vor, ab 2018 innerhalb eines Gesamt- bzw. Teilhabepflichtverfahrens - lebensbereichsübergreifend - die Unterstützungsbedarfe von Menschen mit Behinderungen personenzentriert zu erheben. **Frau Krause** erläutert, dass der LVR den Schwerpunkt "Wohnen" bereits im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens abbilde, die Bedarfe von Werkstattbeschäftigten jedoch bislang nicht regelmäßig innerhalb der Hilfeplanverfahren erfasst worden seien. Zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Bundesteilhabegesetz werde das Hilfeplanverfahren u.a. dahingehend erweitert, dass alle Lebensbereiche erfasst werden. Die Anpassung des Hilfeplanverfahrens erfolge priorisiert.

Frau Soloch wertet die Datenerhebungsergebnisse der Berichtsvorlage als Bestätigung der politischen Ausrichtungsvorgaben des Antrags 14/140 der Fraktionen CDU und SPD zum Haushalt 2017/2018 "Haushaltsbegleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2017/2018" zur Schaffung inklusiver Wohnverhältnisse.

Der Vorsitzende betont vor diesem Hintergrund, dass die anstehende Neuausrichtung der Rheinischen Beamtenbau mbH das originäre Ziel verfolge, die erfassten Wohnbedarfe von Menschen mit Behinderungen im Einzugsgebiet des LVR abzudecken.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über Daten zur Ermittlung des Wohnbedarfs von Werkstattbeschäftigten gemäß der Vorlage 14/1913 zur Kenntnis.

Punkt 6

NKF-Haushalt 2016

hier: Bericht über die Abrechnungen der Baumaßnahmen

Vorlage 14/1892

Herr Diekmann lobt die LVR-Bauverwaltung für die beispielhafte Kostenbalance bei den dargestellten Baumaßnahmen.

Herr Althoff erläutert, dass die Verwaltung mit der Vorlage, ergänzend zu den halbjährlichen Auswertungen der Baucontrollingberichte, über die Abrechnungen der Baumaßnahmen zum Stichtag 31.12.2016 berichte. So liste der Bericht zehn abgeschlossene Baumaßnahmen sowie zwei nachrichtlich erfasste Baumaßnahmen auf. Hierbei handele es sich um die Brandschutzsanierung von Haus 14 der LVR-Klinik Düren sowie von Haus 30 der LVR-Klinik Viersen. Er führt aus, dass die beiden Brandschutzsanierungen Sonderfälle darstellten. So sei die Verwaltung seinerzeit mit der Durchführung der Phase 1 beauftragt worden. Die Phase 2 sollte ab dem achten Jahr, nach Realisierung standortspezifischer Interimslösungen, durchgeführt werden. Zwischenzeitlich, so **Herr Althoff**, wurde jedoch entschieden, die Standardbettenhäuser durch Neubauten zu ersetzen. Mit den örtlichen Brandschutzbehörden sei vereinbart worden, dass nur der objektspezifisch zwingend vorgeschriebene Brandschutz zur Aufrechterhaltung der Betriebserlaubnis der bisherigen Standardbettenhäuser bis zur Bezugsfertigkeit der Neubauten durchgeführt werden müsse. **Herr Althoff** erläutert, dass diese Maßnahmen folgerichtig erheblich unter den veranschlagten Kosten der Phasen 1 und 2 abgeschlossen werden konnten.

Der Bericht über die Abrechnung der Baumaßnahmen wird gemäß Vorlage 14/1892 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Anfragen und Anträge

Auf Bitte des **Vorsitzenden** ergeht ein mündlicher Sachstandsbericht zur baulichen und gesellschaftlichen Situation am Standort "Rheinboulevard":

Herr Althoff führt aus, dass die bereits in der 16. Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 10.03.2017 diskutierte Regenwasser-Versickerungsproblematik auf der Wiesenfläche vor dem Landeshaus in Blickrichtung Rheinboulevard im Zusammenhang mit der bislang nicht erfolgten Abnahme der renaturierten Flächen durch die Stadt Köln - mit dem Ziel der Herstellung eines mängelfreien Zustands - thematisiert werden solle. Der LVR werde - in seiner Funktion als Flächeneigentümer - die Herstellung der Mängelfreiheit konsequent nachhalten.

Der aktuell zu verzeichnende Rückgang an Vandalismusvorkommen sowie Belästigungen durch entstehenden Lärm und zurückgelassenen Müll einiger Besucherinnen und Besucher des Rheinboulevards - so **Herr Althoff** - ginge einher mit dem erfolgten Wetterumschwung. Zu beobachten sei unabhängig hiervon jedoch auch eine bestimmte Störergruppen abschreckende Präsenz der Polizei sowie der Ordnungsbehörden ab den frühen Nachmittagsstunden. **Herr Althoff** erläutert, dass die LVR-Verwaltungsspitze an den Kölner Stadtdirektor sowie an den örtlichen Polizeipräsidenten ein Schreiben mit der Bitte um inhaltliche Beteiligung des LVR - als unmittelbarer Anreiner am Rheinboulevard - an einem Maßnahmenkonzept gerichtet habe. Eine Reaktion hierauf stehe aktuell noch aus. Das LVR-Liegenschaftsmanagement, so **Herr Althoff**, werde sich zudem zeitnah mit den Betreibern des Hotels "Hyatt" - im nachbarschaftlichen Interessenverbund - über mögliche Eigenpräventivmaßnahmen austauschen.

Herr Klemm bittet die Verwaltung um einen mündlichen Sachstandsbericht zu dem bei der Stadt Köln anhängigen Genehmigungsverfahren zur Realisierung einer geteilten Querungshilfe über die Herrmann-Pünder-Straße zwischen Horion- und Landeshaus.

Frau Kaulhausen erläutert, dass die Stadt Köln die Ausführungsplanung des LVR mittlerweile positiv beschieden habe.

Punkt 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Althoff berichtet, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) mit Schreiben vom 21.04.2017 die Legitimation des LVR zur Schaffung inklusiven und barrierefreien Wohnraums im Rahmen seiner wirtschaftlichen Beteiligungen - auf Grundlage des Kompetenzbereiches der Landschaftsverbände als Träger der Eingliederungshilfe - bestätigt habe. Er fügt ergänzend hinzu, dass das MIK - vor dem Hintergrund der anstehenden strategischen Neuausrichtung der RBB mbH gem. § 5 Abs. 1 LVerbO - um Vorlage eines neuen Gesellschaftsvertragsentwurfs bitte.

Herr Althoff informiert über folgende Termine mit Relevanz für das LVR-Dezernat 3:

- am 27.04.2017 sei die Dependance der LVR-Klinik-Düren in Bergheim eröffnet worden.
- am 03.05.2017 habe das Richtfest zum Neubau von Haus 56 der LVR-Klinik Bedburg-Hau stattgefunden.
- für den 09.05.2017 sei die Eröffnung des zweiten Bauabschnitts des Hauses 11 in der LVR-Klinik Düren terminiert.
- am 18.05.2017 werde der Spatenstich zur Umsetzung des "Barrierefrei-Konzepts" im LVR-Freilichtmuseum Kommern erfolgen.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Köln, den 30.05.2017

Der Vorsitzende

B o s s

Köln, den 29.05.2017

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

A l t h o f f